



Barthle-Brief

Nr. 37

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

16.10.2015

Thema der Woche:

Bundestag beschließt weitgreifende Änderungen im Asylrecht „Wir reduzieren die Anreize sehr deutlich!“

Drei Wochen nach dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt hat der Deutsche Bundestag am gestrigen Donnerstag mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ein umfangreiches Gesetzespaket zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms beschlossen. In namentlicher Abstimmung votierten die Abgeordneten mit 475 Stimmen für und 68 Stimmen gegen den Entwurf bei 57 Enthaltungen. Ich weiß: In der aktuellen Lage wird es nicht den einen Befreiungsschlag geben, mit dem wir alle Probleme umgehend lösen können, die sich mit dem Flüchtlingszustrom verbinden. Es muss an vielen einzelnen Stellschrauben gedreht werden, sowohl national als auch international. National haben wir heute einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht. Es handelt sich um die bedeutendste Asylrechtsreform seit den 90er Jahren, mit harten Maßnahmen für die, die einen Asylantrag stellen, obwohl sie offensichtlich nicht schutzbedürftig sind.

Die einmütigen Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten vom 24. September, die dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz zugrunde liegen, waren ein beeindruckendes Zeichen nationaler Solidarität. Dass die Bundestagsfraktion der Grünen heute diesen Konsens aufgekündigt und gegen einzelne Teile des Pakets gestimmt hat, bedauern wir sehr. Verantwortungspolitiker sitzen bei den Grünen jedenfalls nicht im Deutschen Bundestag. Dass darüber hinaus Nordrhein-Westfalen bereits angekündigt hat, wesentliche Grundgedanken des Gesetzes – wie etwa die Unterbringung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder den Vorrang des Sachleistungsprinzips – gar nicht umzusetzen, ist verantwortungslos und grob fahrlässig.

Das heute beschlossene Gesetz trägt die Handschrift der Union. Wir setzen mit ihm viele Maßnahmen um, für die wir lange gekämpft haben. Es ist nicht nur die Tatsache, dass wir mit diesem Gesetz den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten erweitern und den gesamten Westbalkan zu einer sicheren Herkunftsregion erklären, die bemerkenswert ist. Neu und richtungsweisend ist, dass in Zukunft eine ganze Reihe von Einschränkungen mit dem Status „sicherer Herkunftsstaat“ verbunden sein werden. Es sind Einschränkungen, die denen, die nicht schutzbedürftig sind, den Anreiz für einen Asylantrag in Deutschland nehmen. Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, muss künftig bis zum Ende seines Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben; er darf den entsprechenden Bezirk nicht verlassen; er bekommt kaum noch Bargeld und keine Möglichkeit zu arbeiten; seine Leistungen werden nach Abschluss des Verfahrens gekürzt, und er wird direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung zurückgeführt. Das sind harte Maßnahmen. Doch damit senden wir ein ganz eindeutiges Signal: Wer offensichtlich keinen Schutz braucht und gleichwohl einen Antrag auf Asyl stellt, hat in Deutschland nichts zu erwarten außer einem Aufenthalt in den Gemeinschaftsquartieren einer Erstaufnahmeeinrichtung und der Abschiebung. Zudem werden Leistungen künftig höchstens einen Monat im Voraus gezahlt. Die vereinbarten Beschleunigungen im Asylverfahren müssen nun durch konsequente Abschiebungen der abgelehnten Asylbewerber durch die Länder durchgesetzt werden!

Zur Integration von Flüchtlingen: Wir öffnen die Integrationskurse für Asylbewerber und werden sie besser mit berufsbezogenen Sprachkursen verzahnen. Auch die Arbeitsmög-

lichkeiten werden erweitert. Dies gilt allerdings wohlgerneht alles nur für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive. In einem nächsten Schritt wollen wir uns mit der SPD auf die Einrichtung von Transit zonen an den Grenzen verständigen. Handlungsbedarf sehe ich vor allem auf europäischer Ebene. Dazu gehören: ein wirksamer und kräftiger Schutz der europäischen Außengrenzen, die unverzügliche Einrichtung der sogenannten „Hotspots“ in Griechenland und Italien, die Vereinbarung einer verbindlichen Quote zur Verteilung der Flüchtlinge. Darüber hinaus müssen wir mit der Türkei reden, die Situation in den Flüchtlingslagern verbessern und an die Bekämpfung der Fluchtsachen gehen.

ten 🗣️ Kurznachrichten 🗣️ Kurznachrichten 🗣️

Regierungserklärung zum EU-Gipfel

Bundeskanzlerin Angela Merkel hält eine Zusammenarbeit mit der Türkei für unverzichtbar, um die Flüchtlingsströme in Richtung Europa einzudämmen. „Die Türkei spielt in dieser Situation eine Schlüsselrolle“, erklärte sie an diesem Donnerstag im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 15. und 16. Oktober in Brüssel. Priorität habe die Verbesserung des Grenzschutzes und die gemeinsame Bekämpfung der Schlepperbanden. Es sei „nicht hinnehmbar, dass diese schmale Meeresrinne, die zwischen der türkischen Küste und den griechischen Inseln und damit zwischen zwei Nato-Partnern liegt, im Augenblick von Schleppern beherrscht wird“.

Merkel, die am 18. Oktober in die Türkei reist, um Gespräche mit Präsident Recep Tayyip Erdoğan zu führen, zeigte Verständnis für Bedenken, ob es Europa gelinge, gegenüber der Türkei die eigenen Werte zu behaupten. Sie sicherte jedoch zu, dass sie in Istanbul alle Fragen ansprechen werde, den Syrien-Konflikt genauso wie die Visa-Freiheit, sichere Herkunftsstaaten, den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und die Menschenrechtslage in der Türkei. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei würden weiterhin „ergebnisoffen“ geführt.

Merkel appellierte aber auch an die EU-Mitgliedstaaten, sich mehr für die Sicherung der EU-Außengrenzen einzusetzen und Personal zur Bewältigung des Flüchtlingsandrangs zu entsenden. Obwohl die EU-Kommission bis zu 1.100 Personen angefordert habe, hätten sich bisher nur wenige Länder gemeldet, darunter Deutschland und Österreich. Dies sei „enttäuschend“, sagte die Regierungschefin und forderte mit Blick auf den EU-Gipfel am 15. und 16. Oktober: „Ich erwarte von diesem Rat, dass alle einen Beitrag dazu leisten.“

Als Beispiele nannte sie die Stärkung der EU-Grenzschutzagentur Frontex sowie die Einrichtung der so genannten Hotspots in Griechenland und Italien, in denen Flüchtlinge noch an den Außengrenzen registriert und auf ihre Schutzbedürftigkeit überprüft werden sollen. Sie sollen ihren Angaben zufolge spätestens Ende November voll funktionsfähig sein.

Außerdem stellte Merkel den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens mehr Geld in Aussicht. „Sollte sich herausstellen, dass die Zusagen gerade auch mit Blick auf den anstehenden Winter nicht ausreichen, die Lebensmittelleistungen zu erhöhen, dann werden wir weitere Mittel einsetzen.“ Bisher hat die EU im Eilverfahren 200 Millionen Euro zur Unterstützung der Hilfsorganisationen vor Ort genehmigt, im nächsten Jahr soll es zusätzliche 300 Millionen Euro geben.

Unionsfraktionschef Volker Kauder warnte davor, die geplanten Hotspots zu diffamieren. Als erste Anlaufstellen in Italien und Griechenland würden sie bei der Registrierung und Unterbringung von Flüchtlingen helfen. Außerdem könne Schengen nur funktionieren, „wenn jeder die Außengrenze sichert, die er hat“. Dafür müsse Europa angesichts der großen Zahl der Flüchtlinge gemeinsam Verantwortung tragen.

Die geplante Vereinbarung mit der Türkei verteidigte Kauder ausdrücklich. Das Land spiele eine wesentliche Rolle in der Flüchtlingsfrage, mit ihr nicht zu reden, wäre „eine Form der Politikverweigerung“. Zudem bezeichnete er die Ankündigung der Kanzlerin, bei ihrem Gespräch mit Erdoğan kein Thema ausblenden zu wollen, als „mutig“.

Einig war sich Kauder mit der Opposition nur in seinem Urteil über die Lage in den Flüchtlingslagern rund um Syrien. Diese sei „ein Skandal“. Er erwarte von der Europäischen Union, das Geld zur Verfügung zu stellen, „das notwendig ist, um eine ordentliche Existenz zu sichern“.

Maritime Wirtschaft im Blickfeld

Um die Lage der maritimen Wirtschaft ging es an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag. Grundlage der Aussprache war der vierte Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland. Der Bericht wird an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD haben hier bereits einen Antrag angekündigt, in dem sie fordern, die maritime Wirtschaft zu stärken und ihre Bedeutung für Deutschland hervorzuheben.

Die Bundesregierung attestiert der maritimen Wirtschaft eine „Schlüsselrolle für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes“. 85 Prozent des internationalen Warenaustausches erfolgten über den Seeweg. 60 Prozent der deutschen Warenexporte und ein Großteil der Rohstoffimporte würden per Schiff transportiert. Die Häfen würden einen wichtigen Teil der Grundversorgung der deutschen Industrie sichern. Der Güterverkehr über See werde weiter zunehmen, prognostiziert die Regierung. Deutsche Reedereien würden mit 2.962 Handelsschiffen die viertgrößte Flotte der Welt stellen. In der Sparte Containerschiffahrt liege die deutsche Flotte sogar an erster Stelle. Gemessen an ihrer Transportleistung sei die Schifffahrt der umweltfreundlichste Verkehrsträger.

Den deutschen Häfen wird bescheinigt, zu den „besten Umschlagplätzen der Welt“ zu zählen. Ohne die Leistungen der Häfen wäre Deutschlands Rolle als eine der führenden Exportnationen der Welt nicht denkbar. Es wird erwartet, dass die Umschlagvolumina der 19 größten deutschen Seehäfen von 269 Millionen Tonnen (2010) auf 468 Millionen Tonnen im Jahr 2030 steigen werden.

Zitat

«Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass, wer nach Deutschland kommt, nicht in die Bundesliga einwandert, sondern ins Grundgesetz und seine Regeln für das Zusammenleben in dieser Gesellschaft.»

(Bundestagspräsident Norbert Lammert in der «Rheinischen Post» vom Donnerstag zu seiner Forderung nach einer Leitkultur, der sich Flüchtlinge hierzulande anpassen müssten.)